

Der Sinn der PIIGS-Krise

Seit über einem Jahr hält die Krise um die PIIGS-Staaten an. Zuerst wurde Griechenland kritisch, danach erweiterte sich dieser Kreis um Irland, Portugal, welche nun alle bereits unter Rettungsschirmen sind. Spanien, Italien als auch Belgien sind zudem Kandidaten für weitere Krisen. In Talk-Runden aber auch in den Medien wird vom drohenden Zusammenbruch des Euros häufiger geschrieben. Ausstiegsszenarien der Griechen oder auch der starken Ländern (allen voran Deutschland), werden als möglich angesehen. Die Politik gibt sich überrascht und versucht mit Rettungsaktionen die Währungsunion zu retten, derweilen die Ratingagenturen stetig diese Länder abstufen und unter Druck setzen. Zu erwarten wäre ein starker Absturz der Euro-Gemeinschaftswährung, doch dieser ist bislang ausgeblieben. Es bietet sich dem Betrachter ein verwirrendes Bild. Warum nahmen die Europäer diese kritischen Staaten wie Griechenland oder Portugal in die Währungsunion auf, wo doch klar war, dass das nicht gut gehen kann? Warum arbeiten die Ratingagenturen so stark gegen diese PIIGS-Staaten und dennoch stürzt der Euro insgesamt nicht ab, hält er sich gegenüber dem Dollar sogar ausgesprochen gut? Ist das Ziel dieser Aktionen der Kampf zwischen Euro und Dollar? Oder geht es um ganz andere Ziele und Absichten? Im Folgenden möchte ich eine Erklärung zu diesen Absichten aufzeigen und damit diese scheinbar verwirrende Situation erklärlicher machen.

In den Verträgen von Maastricht und davor sind die Weichen für die Schaffung des Euros gestellt worden. Es wurden Beitrittsregeln und Regeln der Mitgliedschaft aufgestellt. Jedoch wiesen viele Kritiker bereits von Anfang an darauf hin, dass diese Regeln nicht ausreichend sind und letztlich dazu führen werden, dass diese Währungsunion scheitern muss. Kritisch waren nebst vielen anderen Punkten, dass die Maßnahmen für den Fall des Nichteinhaltens dieser Regeln nicht tauglich waren. Wenn ein Land sich über Maßen verschuldet bzw. diese Verschuldung falsch angibt, was nützt es dann, diesem Land dann noch mehr Schulden in Form von Strafzahlungen aufzubürden, wenn es schon ohnehin nicht mehr die bisherigen Schulden tragen kann. Der Hauptgeburtsfehler dieses Euros war, dass es nur eine Schönwetterwährung ist, nicht für kritische Phasen oder sich auseinander entwickelnde Wirtschaftsräume tauglich war und ist. Für die jetzigen Szenarien, dass Länder sich unkontrolliert überschuldeten und jetzt vor der Pleite stehen, gab es noch nicht einmal im Ansatz Lösungen oder Regularien.

Genau aber hier ist der Punkt der Überlegungen: Was wäre gewesen, wenn der Euro sich von Anfang an mit solchen Regeln konstituiert hätte? Es hätten umfangreiche Beschlüsse und Regeln vereinbart werden müssen, die weit über das gehen, was selbst in den jetzigen Rettungsfondvereinbarungen enthalten ist. Im Kern hätten die Länder der Eurozone sich Überwachungsregularien unterwerfen müssen. Diese Überwachung hätte über die Verschuldung (nach genauen statistischen Regeln) und –falls hier die Grenzen verletzt werden- auch direkt in die Haushalte und fiskalen System der jeweiligen Länder eingreifen müssen. Diese Regeln hätten direkt in die Verfassungen der Mitgliedsländer eingegriffen und die Haushaltshoheit von den

nationalen Parlamenten auf diese Überwachungsbehörde der EU übertragen. Die einzelnen Länder wären damit zu Bundesländern der EU degradiert worden.

Es ist klar, dass die nationalen Regierungen und Parlamente niemals diese Regeln so hätten vereinbaren können. Auch die Bevölkerungen, die in Referenden darüber zu befinden gehabt hätten, wären dafür kaum zu bewegen gewesen. Daher war von Anfang an klar ersichtlich, dass der Euro mit schweren Geburtsfehlern wissentlich gestaltet worden ist. Auf diese Regularien verzichtete man politisch opportun.

In der Folgezeit schien der Euro trotz der vielen Skepsis der Bevölkerung ein Erfolgsmodell zu werden. Die Inflation im Euroraum war niedrig. Der Handel zwischen den Ländern florierte. In den südlichen Ländern wurde viel investiert. Das Wachstum des BIP (des Bruttonettoprodukts jener Länder) stieg beachtlich an, die Arbeitslosigkeit fiel und man fühlte sich sicher und stark. In diesem Rahmen wurde der nächste Schritt für die Europäisierung vollzogen: Die in den nationalen Abstimmungen durchgefallene Verfassung für die Europäische Union wurde minimal abgeändert als Vertrag von Lissabon verabschiedet. Durch diesen Vertrag wurde ein weiteres, wesentliches Element geschaffen, das geeignet war, die im Ursprungsvertrag über den Euro fehlende Komponenten nachträglich einzufügen. Der Vertrag von Lissabon ermächtigt den Europäischen Rat die wesentliche Teile der Verträge abzuändern, ohne dass nationale Parlamente oder das EU-Parlament beteiligt werden müssen:

Im vereinfachten Änderungsverfahren des Art. 48 Abs. 6 EUV ist der Europäische Rat ermächtigt, den Kern der Verfassung, nämlich alle Regelungen des Dritten Teils des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der den Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion, den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und viele andere Politikbereiche umfaßt, ganz oder zum Teil zu ändern, ohne daß der Bundestag und der Bundesrat oder gar die Völker dem zustimmen müßten. Auch das Europäische Parlament und die Kommission sind nur anzuhören.

<http://www.peter-gauweiler.de/pdf/Vertrag%20von%20Lissabon%20kurz.pdf>

Zu Beginn der Finanzkrise hat sich die Europäische Union also in eine besondere Situation gebracht:

- Die meisten und wesentlichsten Staaten von Europa sind auf das engste wirtschaftlich verbunden. Die Banken bzw. das Finanzwesen sind durch intensive Kreditvergaben in den PIIGS-Staaten dort gebunden.
- Die Währungseinheit hat für die PIIGS billige Kredite ermöglicht, die jene ausgiebig nutzten, teils unter Verschleierung der Verschuldung
- Die Handelsungleichgewichte innerhalb der Euroländer sind stärker geworden, d.h. Deutschland weist massive Handelsüberschüsse auf, viele andere Staaten aber entsprechend große Handelsdefizite
- Rechtlich war mit dem Vertrag von Lissabon aber die Basis für die Festlegung neuer Regeln und Mechanismen gelegt. Mit diesem Vertrag war die EU als Quasi-Staat möglich. Es musste eigentlich nur noch diese Einigkeit im Rat geschaffen werden, um die im Vertrag angelegten Möglichkeiten auszuschöpfen

Mit Ausbruch der Finanzkrise zeigten sich diese eigentlich längst bekannten Bruchlinien in der Eurozone. Die Finanzkrise offenbarte, was Fachleuten längst

bekannt sein sollte. Hierbei sind aber folgende Faktoren in der Öffentlichkeit besonders hervorgehoben:

Vordergründig scheint es so, als ob der Dollar Raum um seine Vormachtstellung gegenüber dem Euro kämpft. Es erfolgten Aktionen von den Hedfonds, Abwertungen von den US-Ratingagenturen und Aktionen anderer Spekulanten, um die griechische Achillesverse des Euro zu treffen. Tatsächlich ist erkennbar, dass die US-Großbank Goldman-Sachs massiv half, die griechischen Bilanzen für den Euro-Beitritt aufzuhübschen. Auch die inzwischen veröffentlichten Daten über CDS-Käufe zeigen, dass bereits lange vor Beginn der öffentlichen Griechenlandkrise diese Papiere gezielt gehandelt wurden (<http://www.wirtschaftsfacts.de/?p=12275>)

Auch die Abwertungsaktionen der Ratingagenturen sind gezielt einseitig, da sie in der Bewertung andere große Schuldner wie die USA oder Großbritannien mit ähnlich griechischen Problemen völlig außen vor lassen. Anhand des Währungsverhältnisses Euro/Dollar kann man diese Aktionen gut ablesen. Immer, wenn der Dollar unter Druck kam, wurden Aktionen gegen Griechenland, Irland, Portugal usw. gestartet. Welche Rolle die Medien hierbei spielen, ist ein weiteres Thema. Unverkennbar ist das Bestreben des Dollarraums, den Euro und damit das europäische Integrationsbemühen zentral zu beschädigen. Eine andere Interpretation lassen diese Maßnahmen kaum zu.

Unter diesem immensen Druck wurde die Eurogemeinschaft gezwungen, aktiv zu werden. Zuerst versuchte man es mit Absichtserklärungen und Hoffnung. Dann wurden Garantien ausgesprochen. Doch erst mit der Schaffung eines Rettungsschirms für Griechenland und dann für den gesamten Euroraum wurden die Auswirkungen der Angriffe aus dem Dollarraum geringer. In dieser Zeit wurde immer wieder die avisierte Lösung als „alternativlos“ dargestellt. Es wurde durch diese Krise innerhalb des Euroraums eine Zwangssituation geschaffen, die den Handlungsspielraum der Beteiligten so einschränkte, dass letztlich keine Alternativen gesehen wurden. Doch leider –dies zeigen die Meldungen der letzten Tage (Mai 2011) – ist der griechische Patient noch immer kurz vor dem Exitus. All die Rettungsschirme und Garantien, selbst die Beteiligung des IWF lindern vielleicht die Not, bringen aber keine Entlastung. Der griechische Patient –und wohl auch der irische, portugiesische usw. – kommen nicht aus der Krise. Symptomatisch hierfür ist die Entwicklung des Defizits für Griechenland (<http://www.verschuesse.de/griechenlands-staatsschulden-in-q1-2011-bei-35454-mrd-euro/>)

Dieses betrug im ersten Quartal 2011 ca. 355 Mrd Euro und ist um mehr als 14 Mrd. Euro gegenüber dem Vorquartal gestiegen, derweilen das BIP um weitere 5% fiel. Im Schatten dieser Krise und auch von den Medien weitgehend unkommentiert wurde der von Gauweiler und anderen in der Klage gegen den Vertrag von Lissabon oben zitierte Punkt umgesetzt: Der Rat der EU-Länder hat wesentliche Vertragsteile eigenmächtig und ohne Einbeziehung der Parlamente geändert. Mit der Einführung des Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfond wurde der Vertrag von Maastricht geändert und ergänzt. (ESM http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Stabilisierungsmechanismus)

Hier zeigt sich, wie tiefgreifend die erfolgten Änderungen durch den Vertrag von Lissabon sind.

In dieser Situation werden die Alternativen diskutiert. Hr. Sinn vom Ifo-Institut vertritt die Position des Ausstiegs Griechenlands aus dem Euro. Würde das erfolgen, brächte dies auch die anderen PIIGS in Zugzwang. Es wäre zu erwarten, dass dann auch die anderen PIIGS letztlich austreten müssten. Zudem, durch den Austritt müssten wohl alle Schulden in diesen Ländern als Verlust abgeschrieben werden und die europäischen Banken würden mehr als das verfügbare Eigenkapital verlieren. Dieses Szenario käme dem Zusammenbruch des Euro-Raums gleich. Zudem würde sich die Europäische Idee, die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums und die politische Union nachhaltig zerstören, es würde wieder der vorherige Nationalismus einsetzen, den man doch unbedingt zu überwinden hoffte.

Auch die Alternative, den Austritt von Deutschland aus dem Euroraum findet man häufiger in der Diskussion. Diese Alternative würde wirtschaftlich weitaus weniger Folgen haben. Es würde aber massiv innerhalb Deutschlands die Vermögenswerte vernichten, da diese in Euro gehaltenen Werte massiv gegenüber einer neuen Mark abwerten würden. Vorteil wäre aber, dass sich Deutschland damit massiv der bisherigen Schulden entledigen würde. Hingegen aber könnte der Handel mit den EU-Ländern nachhaltig gestört sein. Dieser Austritt ist aber nur theoretisch denkbar, weil zum einen Deutschland kaum über die politische Stärke und das entsprechende Personal verfügt, die zu solch einem Schritt fähig sind. Zudem ist vermutlich die rechtliche Stellung Deutschlands nicht geeignet, diesen Schritt zu tun. Hier spielen die Folgen der nicht vom Volk verabschiedeten Verfassung, die unklare Rechtslage über die BRD usw. mit hinein.

Wenn man aber nicht den Zusammenbruch des Euro-Raums, den Austritt der starken Länder vermeiden bzw. jene halten will, geht es nicht umhin, einen Weg innerhalb der Europäischen Union zu beschreiten, gegen den sich letztlich alle Länder sträuben. Alternativlos (wenn man den Niedergang der europäischen Integration vermeiden will) ist daher:

Die Geburtsfehler der Euro-Einführung müssen behandelt werden. Es ist unerlässlich, die Währungsgemeinschaft mit einer zentralen Verwaltung der Haushalte und Finanzen auszustatten.

Die Länder des Euro-Raums stehen unter Zwang. Die jetzigen Probleme mit Griechenland usw. liegen darin, dass:

- Jene Länder sind mit Betrügen, falschen Zahlen in den Euro-Raum geschummelt hatten
- Jene Länder keine ausreichende eigenständige Wirtschaftsbasis haben, um auf den normalen Kreditmärkten sich noch Geld zu besorgen
- In der jetzigen Situation aber diese Länder ständige neues Geld fordern, verbunden mit der Drohung, pleite zu gehen und damit den gesamten Euroraum nachhaltig zu beschädigen.

- Ein weiteres Auszahlen von Mitteln nicht aber die Probleme löst, sondern nur Zeit schafft, die bislang aber nicht zu einer Verbesserung der Lage führte
- Die jetzigen Zinslasten in den PIIGS so viel Geld aufzehren, dass für eine echte Wirtschaftsentwicklungspolitik keine Mittel verfügbar sind
- Das Abschreiben der bislang gewährten Mittel nicht möglich ist, ohne dass die nationalen Banken und die EZB in eine tiefe Krise bzw. gar Zusammenbruch kämen
- Zwar wären Eurobonds als Möglichkeit denkbar (diese existieren in dem ESM bereits), jedoch eine Europäisierung der Schulden über Eurobonds würde nur weiteres, unkontrolliertes Schuldenmachen befördern

Das Problem der Schulden im Euroland ist derart, dass es nicht mehr im nationalen Rahmen gelöst werden kann. Ein souveränes Parlament in Athen oder Helsinki kann mit einer Entscheidung die gesamte Euro-EU in tiefste Krisen stürzen, ohne dass eine Eingriffsmöglichkeit besteht.

Die jetzige Krise hat also innerhalb der Euro-EU so viel Druck und Ausweglosigkeit erzeugt, dass letztlich keine Alternativen mehr zur alternativlosen EU-Zentrallösung existieren. Die Lösung für diese Eurokrise besteht darin, dass folgende Punkte umgesetzt werden und somit die Länder letztlich ihre Hoheitsrechte verlieren:

- Alle nationalen Schulden werden über Eurobonds europäisiert. Damit gilt für alle Euro-Länder der gleiche Zinssatz. Damit sind punktuelle Spekulationen gegen einzelne Länder mittels CDS oder andere Finanzmarktmittel nicht mehr möglich. Über die bereits bestehende Agentur (ESM) werden diese Eurobonds vertrieben.
- Die nationalen Schuldscheine werden in Eurobonds umgetauscht. Hier ist zur Beruhigung der stärkeren Länder denkbar, dass die Papiere der PIIGS mit gewissen Abschlägen umgetauscht werden. Da man statt der im Ramschstatus (nach aktuellem Rating) befindlichen Papiere nun wesentlich besser gestellte Papiere erhält, dürfte diese Umstellung ohne erhebliche Probleme ablaufen.
- Da durch den ESM die Schulden verwaltet werden, d.h. die Anleihen ausgegeben werden, können die einzelnen Länder nicht mehr national ihre Schulden verwalten. Schulden sind dann nur noch im Rahmen der Entscheidungen der Zentrale möglich (EU-Rat o.ä.). Mit diesem Schritt verlören alle Länder des Euro-Raums letztlich die Haushaltshoheit, da nicht mehr die Parlamente und Regierungen nun über die Finanzierung entscheiden, sondern in der EU-Ebene darüber die Mittel zugewiesen werden. Man muss hierbei beachten, dass selbst das finanzstarke Deutschland bereits jetzt schon ca. 20% der Haushaltsausgaben kreditfinanziert. Mit diesen Bezug der Neuverschuldung auf das BIP wird diese Zahl geschönt und zudem mit vielen Manipulationen in der Berechnung des BIP niedrig gerechnet. Durch diese Schuldenverwaltung über die Zentrale sind die Haushalte aber direkt abhängig und nicht mehr eigenständig.

- Die Wirtschaftspolitik, die Steuererhebung usw. muss in diesem Zuge ebenfalls europäisiert werden, da sonst über den Weg der nationalen Steuern die Länder sich weiter auseinander entwickeln. Die enormen Handelsbilanzdefizite der Länder untereinander sollen mit dieser Politik ausgeglichen werden. Dies wird für wirtschaftlich stärkere Länder dazu führen, dass die Wirtschaftsleistung höher besteuert wird, um damit diesen Ausgleich zu bewirken. Zudem dürften die schwächeren Länder sich auf eine konsequentere Durchsetzung der Steuergesetze einstellen.

Ob diese Maßnahmen nun sofort und vollständig so umgesetzt werden oder in einzelnen Schritten, muss sich zeigen. Jedoch führt die Eurokrise zu einem Ergebnis, welches letztlich in eine ganz andere Richtung geht, als es sich viele aktuell vorstellen können.

Statt einer Schwächung der Europäischen Union und einem zerplatzten Traum von einem vereinten Europa zwingt die Krise die Länder dazu, entgegen ihren nationalen Befindlichkeiten und auch unter Bruch der Verfassungen, die nationalen Hoheitsrechte aufzugeben und diese Vereinigten Staaten von Europa zu begründen. Vom Ergebnis her betrachtet macht daher die Euroeinführung und die damit verbundene Krise den Sinn, als dass sie den Druck erzeugt, die politischen Entscheidungen hin zur Bildung eines Europäischen Staates, den Vereinigten Staaten von Europa zu zwingen.

Die Schaffung dieses Euro-Währungsraums ist daher meines Erachtens eine wohl kalkulierte Aktion. Durch diese Eurowährung wird so viel Abhängigkeit geschaffen, dass die Krise nur noch europäisch gelöst werden kann. Das, was auf normalen, demokratischen Weg unmöglich geschafft worden wäre, nämlich die Auflösung der nationalen Staaten, deren wesentlichstes Element die finanziellen Hoheitsrechte sind, wird durch die Euro-Krise erreicht.

Es ist genau die Vorgehensweise vorzufinden, wie sie J.C. Juncker selbst preis gab:

"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Jean-Claude Juncker (Premierminister von Luxemburg)

(Quelle mit ergänzender Information von Juncker selbst zu diesem Zitat, wo er den Inhalt bestätigt, jedoch den Bezug nur auf den internen Vorgang in der Kommission/Rat beschränkt:

<http://nachgeschaut.wordpress.com/2009/09/07/der-antidemokrat-jean-claude-juncker/>)

Sehr aufschlussreich ist die Erklärung, die in der zitierten Fundstelle von Junkers Büro dazu geliefert wurde:

Das Zitat bezieht sich ausschließlich auf die interne Funktionsweise des europäischen Rats, also der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der EU. Herr Juncker wollte damit einfach sagen, dass Elemente, die der europäischen Integration förderlich sind, im Rat – wo

sie normalerweise auf sehr heftigen Widerstand, besonders Großbritanniens, stoßen – so eingebracht werden, dass sie am Anfang eigentlich gar nicht erkennbar sind, sondern erst viel später erkennbar werden. Es ist eine altbewährte europäische Strategie, in Verträge oder Schlussfolgerungen Passagen hinein schreiben zu lassen, die eine zukünftige Entwicklung im Sinne der europäischen Integration möglich machen oder zumindest nicht verhindern.

Es geht hier also um Täuschung, Manipulation und um das Verbergen der wahren Absichten und Ziele. Alles, was in der europäischen Union erfolgt, ist dem Ziel einer immer stärkeren Integration unterworfen. Es geht nicht um Demokratie, nicht um die Achtung nationaler Rechte, nicht um die Bedürfnisse der Einzelnen oder von Gruppen. Es geht um die Schaffung einer europäischen Integration, die **Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa**.

Was ist aber mit den Angriffen des Dollarraums auf den Euro?

Hier läuft ein Kampf ab. Statt wie früher mit Waffen sind heute die Finanzmarktinstrumente das Mittel im Kampf. Die Ausgangssituation für diesen Kampf ist, dass der Euroraum mit den PIIGS sehr verwundbar war und noch ist. Die finanztechnischen Sprengsätze sind gezündet und haben schweren Schaden angerichtet. Jedoch ist es so, dass die Situation der USA sich in dem Zeitraum weiter verschlechtert hat. Die USA haben zwar mit der Hoheit über ihren Dollar, den sie nach Belieben drucken können, etliches an Vorteil. Jedoch ein Land, dessen Haushalt bereits jetzt schon zu 56% mit Schulden finanziert ist, dessen Verschuldung bereits an die 100% des BIP beträgt (mit den inoffiziellen Schulden sollen es schon bei 170% sein), solch ein Land hat ein Problem.

Solange im Markt nicht sicher ist, ob der Euro sich stabilisiert, wird der Dollar sich halten. Sollte jedoch für den Markt erkennbar der Euroraum sich stabilisieren (über die oben genannten Maßnahmen), ist das für den Dollar fatal. Zum einen würden die europäischen Bonds gegenüber dem Dollar besser verzinst wesentlich besser das Marktkapital erschließen (zumal die Schuldenlast den USA Zinserhöhungen sehr schwer macht) und die USA noch mehr zum Schuldenmachen mit selbstgedruckten Geld zwingen. Viel stärker aber würde dies eine Vertrauenskrise in den Dollar verursachen, weil die Fundamentaldaten der USA schlicht katastrophal sind. Im Falle einer massiven Dollarabwertung würde der Euro sich dann behaupten und letztlich im Nachhinein die Aktionen der Eurokraten rechtfertigen. Ginge die Rechnung der Eurokraten auf, so würde der Euro und der Euroraum dann die zu erwartende Dollarkrise (bis hin zum hyperinflationären Absturz dieser Währung) wesentlich besser überstehen und damit dann die nachträgliche Rechtfertigung für die Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung geben.

Es gibt viele, die von einer einheitlichen Regierung der Hochfinanz im Verborgenen ausgeht. Dafür sprechen etliche Aspekte. Jedoch, die teils sehr harten Aktionen aus dem Dollarraum gegen den Euro sind Zeichen genug, dass hier auch Fronten verlaufen und widerstrebende Interessen existieren. Zudem, der Dollarraum ist letztlich abgewirtschaftet. Es ist dort keine weitere Entwicklung möglich, ohne zuerst den gesamten Währungsbereich zu reformieren. Die USA haben sich mit ihrer Verschuldung und Wirtschaftspolitik in eine ausweglose Situation gebracht, aus der letztlich nur mit einem tiefen Absturz und einem Neustart ein Ausweg zu finden ist.

Für die wirtschaftlichen Interessen der Banken, der Konzerne ist aber ein unkontrollierter Zusammenbruch des Dollars ohne Alternativen das denkbar ungünstigste Szenario. Daher kann der Dollar bzw. können die USA nicht in diese Phase eintreten, wenn nicht stabilisierend ein anderer Block existiert, der dieses Machtvakuum auffüllt. Daher korreliert der Niedergang des Dollar mit der Bildung der Vereinigten Staaten von Europa. Erst, wenn sich dort die Strukturen soweit gebildet haben, kann man auf die USA verzichten.

Ich für meinen Teil bin in keinsten Weise diesem Plan aufgeschlossen. Er beruht auf Täuschung und Betrug. Die Organisation der EU entbehrt jeglicher demokratischer Grundsätze. Auch, wenn die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa (VSE) glücken kann, wird diese letztlich nur noch mehr Zwangswirtschaft für die Bürger führen. Grund ist, dass durch diesen Zwang zur Bildung, Staaten und Völker zusammen gebunden werden, die eigentlich nicht zusammen passen. Es wird vereinheitlicht, was über Jahrhunderte sich teils völlig unterschiedlich entwickelt hat. Es ist nicht möglich, das, was in den USA sich durch Besiedelung bildete, in der EU durch Verträge und Zwang zu schaffen. Zudem ist die Europäische Idee vor allem eine Idee, die von finanziellen Interessen geprägt ist. Die Hochfinanz mit ihren Banken und Konzernen sind die eigentlichen Gewinner der Entwicklung und diese werden auch weiterhin die Entscheidungen und Strukturen der VSE prägen. Mit der Bildung einer europäischen Zentralregierung ist deren Einflussnahme wesentlich einfacher möglich, da statt der vielen nationalen Parlamente und Regierungen nur noch die Zentrale in Brüssel zuständig ist. Wie bereits jetzt erkennbar wird der Lobbyismus in Brüssel deutlich intensiviert. Zugleich werden höchst wahrscheinlich die in der VSE existierenden Spannungen aus wirtschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Unterschieden mittels einer zentralen Polizeigewalt und einem Überwachungsapparat unterdrückt. Bereits jetzt sind entsprechende Institutionen und Zuständigkeiten vorhanden (siehe die Kritikpunkte bei Gauweiler gegen den Vertrag von Lissabon).

Ob man gegen diese Entwicklung wirklich noch etwas entgegen setzen kann, kann ich nicht beurteilen. Ich sehe eher wenig Ansatzpunkte hierfür, da dies bereits bei der Euroeinführung oder dem Vertrag von Lissabon schon wenig erfolgreich war. Jetzt ist die Ausgangslage noch schlechter.

Insofern bin ich pessimistisch und sehe eine kommende Europadiktatur auf uns zukommen. Wie in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts sind Entwicklungen da, die sehenden Auges in die Krise führen und dennoch kaum aufzuhalten sind. Wie damals wird die Mehrheit der Entwicklung wohl über kurz oder lang zujubeln und sich mit dem System arrangieren.